

Wie geht es nun weiter, fragt sich der Seniorenbeirat Neu-Anspach?

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. (Artikel 20 Absatz 2 GG). Am 23.2.2025 hat das Volk, der Souverän, in der Bundestagswahl mit einer Wahlbeteiligung von 82,5 % sein Parlament, der Ort der Gesetzgebung, neu gewählt. Der Wahlkampf war zwar kurz, aber intensiv und die Parteien konnten die Unterschiedlichkeit ihrer jeweiligen Problemlösungen darstellen.

Die Wahlbeteiligung ist ein weiterer Beleg, dass die Demokratie in Deutschland funktioniert und Wandel möglich ist. Deutschland steht vor immensen Sicherheit- und innen-/außenpolitischen Herausforderungen. Seit mittlerweile 3 Jahren herrscht mitten in Europa Krieg. In diesem, von Russland begonnenen Krieg, will Russland seine imperialistischen, revanchistischen Ziele zunächst in der Ukraine, und sofern dort erfolgreich, anschließend auch im Rest von Europa mit brutalster Waffengewalt durchsetzen. Deutschland und Europa müssen endlich erwachsen werden und eigenständig ihre Sicherheit in eigene Hände nehmen. Deutschland wird diese Herausforderung nur im Verbund mit Europa meistern können und muss auch hier zusammen mit Frankreich und Polen endlich wieder eine notwendige Führungsrolle einnehmen.

Die Bürger erwarten von den Parteien der Mitte eine schnelle Regierungsbildung und schlüssige Konzepte für die bekannten Herausforderungen. Die Bürger wollen pragmatische Entscheidungen zu den Herausforderungen der Migration, der Wirtschaft und der Außen-/Verteidigungspolitik. In Deutschland leben wir trotz aller Herausforderungen in einem der freiesten, buntesten und reichsten Länder der Welt. Besonders im örtlichen Umfeld sind eine funktionsfähige Verwaltung und deren Dienstleistungen wichtig. Dazu gehört auch der öffentlichen Infrastruktur wie Straßen/Brücken und der öffentliche Nahverkehr, der insbesondere auf dem Land dafür sorgen muss, dass Menschen sich nicht abgehängt fühlen.

Aus vielerlei Gründen klagen die Kommunen bundesweit seit Jahren verstärkt über eine unzureichende Finanzierung ihrer vom Land und Bund zusätzlich zugewiesenen Aufgaben. Die Stellschraube Grundsteuer ist nach dem beträchtlichen Anstieg durch Grundsteuerreform und Erhöhung der Hebesätze, man siehe unsere Kommune, nicht beliebig weiter zu erhöhen, da dann die ohnehin hohen Kosten fürs Wohnen weiter steigen und gerade junge Familien und Rentnerhaushalte hierunter leiden. Die Vorteile unserer schützen- und verteidigungswürdigen Demokratie erleben die Bürgerinnen und Bürger vor Ort und deshalb appelliert der Seniorenbeirat Neu-Anspach an die lokalen/regionalen Mandatsträger*innen auf Landes- und Bundesebene dafür einzutreten, dass die Kommunen nachhaltig, systematisch und strukturell finanziell ausreichend ausgestattet werden. Förderbescheide für neue Projekte, so hilfreich sie scheinen, sind wohl in ihrer Wirkung nicht so nachhaltig wie planbare reguläre Zuweisungen des Landes an die Kommunen. Insbesondere

unsere Kommune im Umfeld der Metropolregion Frankfurt benötigt eine nachhaltige Verbesserung ihrer Finanzausstattung durch das Land. Die Bürger vor Ort leisten bereits einen großen Beitrag zur Finanzierung des Rechtsanspruches auf einen Kitaplatz. Ebenfalls leisten in den vielen Vereinen zahlreiche Ehrenamtliche einen bedeutenden Beitrag, dass es vor Ort vorangeht und das Lebensumfeld stimmt!

In einer alternden Gesellschaft wie der unsrigen fällt allerdings auf, dass es bis dato keinen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz gibt, zumindest für Menschen mit Pflegegrad 5. Es bleibt zu hoffen, dass der demokratische Diskurs auch für dieses Thema bald pragmatische Lösungen findet. Die Menschen wollen und benötigen Sicherheit im gesamten Sozialsystem in Deutschland, ist der Vorsitzende Raphael Eckhard überzeugt. Der Seniorenbeirat Neu-Anspach erwartet für die Generation 60plus gute und zukunftssichere politische Entscheidungen. Deshalb bitten wir die kommunal- und landesverantwortlichen Politiker*innen intensiv auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen einzuwirken, damit dem langjährigen Mangel abgeholfen wird. Wir werden die weiteren Entscheidungen kritisch beobachten, nachfragen und kritische Entscheidungen weiterhin einordnen.